

## Verwunderung

KÖLN. Zu dem Bescheid über die Einschränkung der Anwendungsgebiete von Metamizol-haltigen Monopräparaten (Heft 47, Seite 3267) und über die Entscheidung, diese Mittel *nicht* der Verschreibungspflicht zu unterstellen, stellt die Bundesärztekammer in einer Pressemitteilung fest:

Die Ärzteschaft nimmt mit Verwunderung zur Kenntnis, daß ein Arzneistoff, dessen Anwendung auf akute starke Schmerzen nach Verletzungen oder Operationen; Koliken; Tumorschmerzen; sonstige akute oder chronische Schmerzen, soweit andere therapeutische Maßnahmen kontraindiziert sind; hohes Fieber, das auf andere Maßnahmen nicht anspricht, beschränkt wurde, nach Ansicht eines Sachverständigenausschusses des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit nach wie vor ohne ärztliche Verschreibung erhältlich sein soll. Die Ärzte und ihre Patienten haben kein Verständnis dafür, daß ein Arzneistoff einerseits mit strengsten Indikationsbeschränkungen versehen ist, andererseits aber für jedermann frei erhältlich sein soll. PdÄ

Aus Bund und Ländern

## Konzentration und Effizienz gefordert

BONN. Die Bundesregierung bezeichnet in ihrem Raumordnungsbericht 1986 die Gewährleistung einer guten medizinischen Versorgung als ein Hauptziel künftiger Anstrengungen im Bereich von Gesundheits- und Raumordnungspolitik.

Der Bericht fordert, die Träger des Gesundheitswesens stärker zu konzentrieren und die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsleistungen zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist nach Ansicht der Bundesregierung vor allem die kassenärztliche Versorgung durch eine regionale Überversorgung vornehmlich in einigen attraktiven Ballungsräumen gefährdet. Hier müsse das geltende Recht, das nur Maßnahmen gegen Unterversorgung vorsieht, ergänzt werden. Deshalb habe die Bundesregierung

durch Gesetz die Möglichkeit von Zulassungsbeschränkungen eingeführt.

Ferner könne in einer verbesserten Zusammenarbeit von ambulanter und stationärer Versorgung ebenso ein Beitrag zur Kostenstabilisierung gesehen werden wie im Ausbau einer präventiven Gesundheitsberatung. Die anerkannte gute Arbeit von Selbsthilfeeinrichtungen soll besonders auf lokaler und regionaler Ebene weiter unterstützt werden. rei

## Ärzte-Image noch an der Spitze

ALLENSBACH. Nach einer Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie üben die Ärzte für 76 Prozent der Bevölkerung den „angesehensten Beruf“ aus. 1981 waren noch 81 Prozent und 1971 sogar 84 Prozent der Befragten dieser Meinung. Auf der beruflichen Prestigeskala folgen den Ärzten

erst mit weitem Abstand die Pfarrer mit 46 Prozent; auch sie hatten früher ein höheres Ansehen: 1978 bei 48 Prozent und 1968 sogar bei 51 Prozent der Bevölkerung.

Das Image der Hochschullehrer hat sich gegenüber der letzten Untersuchung um drei Prozentpunkte auf 39 Prozent verbessert, liegt jedoch deutlich unter den 49 Prozent der Bevölkerung, in deren besonderem Ansehen die Professoren sich 1971 sonnten. Die Apotheker, auf Platz acht der Ansehensleiter, können nur noch bei 23 Prozent der Bevölkerung auf besonderen Respekt rechnen, gegenüber 30 Prozent in 1981. Am Ende der Skala rangieren die Journalisten mit 18 Prozent und damit erst auf Platz 11 der 16 Berufe umfassenden Frageliste.

Ein noch schlechteres Ansehen haben die Grund- und Hauptschullehrer (17 Prozent), die Politiker (16), die Studienräte (15), die Offiziere (neun) und die Buchhändler (acht). EB

## Chemie-Unfälle: Ärzte bieten Unterstützung an

DÜSSELDORF. Ihre große Bestürzung über die sich häufenden Unfälle in der chemischen Industrie und die Folgen für die Umwelt hat die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht.

Die chemische Industrie solle nur Anlagen und Produktionsverfahren verwenden, für die nach dem Stand des Wissens und der Technik optimale Schutzmaßnahmen für Mensch und Umwelt nachgewiesen werden können, heißt es darin. Anlagen und Verfahren, die solchen Anforderungen nicht genügen, müßten sofort gestoppt werden. In der Entschließung hat die Kammerversammlung die Unterstützung und sachkundige Mitarbeit der nordrheinischen Ärzteschaft bei der Durchsetzung dieser Forderungen angeboten. Ä-No

## Jahresaktion von „Brot für die Welt“

„Bebauen und Bewahren“ lautet das Motto der 28. Aktion „Brot für die Welt“, die von den evangelischen Kirchen veranstaltet wird. erinnert werden soll an die bedrohten Lebensgrundlagen in Natur und Umwelt, eine der Hauptursachen für den Hunger in vielen Teilen der Welt. Wie man beispielsweise in der afrikanischen Sahelzone durch Anpflanzen von rasch wachsenden Eukalyptusbäumchen (unser Bild rechts) das Vordringen der Wüste zu stoppen versucht, wächst auch in anderen Regionen der Dritten Welt das Bewußtsein für die lebensbedrohenden ökologischen Zusammenhänge. Die Sammelaktion „Brot für die Welt“ unterstützt in Afrika, Asien und Lateinamerika viele Projekte im Kampf gegen Hunger und Armut. Das Spendenkonto lautet: „Brot für die Welt“: 500 500 500, bei allen Banken, Sparkassen, Volksbanken und beim Postscheckamt Köln. Foto: Brot für die Welt/Gartung

